

# WASSER WAHREN STATT WASSER WARE

## Allgemeines

„The Blue Planet,“ auf überdimensionaler Leinwand im IMAX Kino, hinterlässt einen unauslöschlichen Eindruck. Und da lesen wir in den ersten Versen der Bibel: „Der Geist Gottes schwebte über den Wassern“ und einige Zeilen weiter: „Gott sah alles, was er geschaffen hatte, und es war sehr gut“.

Vielleicht begreifen wir erst heute, dass uns Menschen dieser wunderschöne blaue Planet zu sorgsamem Umgang anvertraut ist, damit wir und Generationen nach uns Leben haben. Wasser ist ein einzigartiges Gut. **Wasser ist Leben**, sagen die Tuareg. Wasser kann durch nichts ersetzt werden

Auch wenn es im Blue Planet so scheinen mag, Wasser ist keineswegs im Überfluss vorhanden. Es darf deshalb nicht zu einer gewöhnlichen Ware degradiert werden. Der weitaus größte Teil der Wasservorräte der Erde ist Salzwasser. Nur etwa 2,5% der Wasservorräte sind Süßwasser, nur ein Bruchteil davon ist als Trinkwasser verfügbar. Gleichzeitig steigt die Nachfrage rapide, mehr als doppelt so schnell wie die Bevölkerung. Zudem sind diese Vorräte geographisch sehr ungleich verteilt: Während die meisten Industrieländer in „wasserreichen“ Gebieten liegen, sind viele Regionen des Südens „wasserarm“. Aber auch wirtschaftliche und technologische Unterschiede führen dazu, dass das Wasser vielfach sehr ungleich verteilt ist: So liegt der tägliche Wasserverbrauch je Einwohner in Südkalifornien bei über 3.000 Litern, in Mitteleuropa bei 300. Dem gegenüber hat ein Industrieland wie Deutschland mit durchschnittlich 129 Litern pro Person und Tag, wovon lediglich 2 Liter getrunken werden, einen vergleichsweise niedrigen Wasserverbrauch. Einem Sahel-Bewohner stehen im Schnitt nur 30 Liter Wasser am Tag zum Trinken, Kochen und Waschen zur Verfügung, so viel, wie ein Bewohner Deutschlands tagtäglich allein für die Toilettenspülung verwendet.

Prognosen wie jüngst vorgestellt beim Stockholmer Wassergipfel warnen, dass im Jahr 2025 nahezu ein Drittel der Weltbevölkerung, 2,7 Milliarden Menschen, in Regionen mit schwerer Wasserknappheit leben werden.

Durch Verknappung und ungleiche Verteilung drohen Konflikte um Wasser zwischen verschiedenen Nutzern wie der Landwirtschaft und den Städten, zwischen Regionen oder zwischen Staaten.

Wie beim Hunger in der Welt ist der Hauptgrund für die krisenhafte Situation - von Ausnahmesituationen abgesehen – nicht ein absoluter Mangel. Verantwortlich sind vor allem die Mechanismen, wie mit den vorhandenen Ressourcen umgegangen wird: „Wir verwalten sie einfach zu schlecht“, meint William Cosgrove, Vize-Präsident des Weltwasserrates.

**Ein UN-Bericht vom Juni 2002 warnt in ungewöhnlich deutlicher Form davor, Wasser in erster Linie als Wirtschaftsgut zu betrachten** und es allein den auf Gewinnerzielung ausgerichteten Marktinteressen zu unterwerfen. Statt dessen müssten die Versorgung mit Trinkwasser und die Abwassersanierung als unveräußerliche Menschenrechte verstanden werden.

Staaten sollten alles in ihrer Kraft stehende tun, damit speziell ihre ärmsten Bevölkerungsschichten an diesen Rechten praktisch teilhaben können.

Die alte und grundsätzliche Frage, wem Wasser gehört, wer in Zukunft darüber verfügen soll, stellt sich neu und drängend.

## WASSER ist ein sehr knappes GUT

Die Bereitstellung von Wasser in ausreichender Menge und Qualität stellt vielleicht die größte Herausforderung an das 21. Jahrhundert dar.

Zwei Milliarden Menschen sind ohne Zugang zu ausreichend Trink- und Sanitärwasser. Jeder zweite Mensch in den Entwicklungsländern leidet an wasserbedingten Krankheiten. Pro Jahr sterben in Entwicklungsländern etwa 5 Millionen Menschen an Krankheiten, die mit der Verunreinigung von Trinkwasser im Zusammenhang stehen. Weltweit werden nur etwa 5 % allen Abwassers einem Reinigungsprozess unterzogen. Etwa 70 % allen Süßwassers wird für die Erzeugung von Lebensmitteln (*Bewässerung*) verwendet. Insgesamt tragen Ausmaß und Bedeutung des gegenwärtigen Süßwasserproblems den Keim einer globalen sozialen und ökologischen Krise in sich.

Dabei sind vor allem die folgenden Probleme zu beachten:

- Die Verfügbarkeit von Wasser deckt sich keinesfalls mit dem Bedarf der Bevölkerung.
- Wie bei allen lebensnotwendigen Ressourcen ist der Wasserbedarf durch das Produkt Bevölkerung x Pro-Kopf-Verbrauch definiert.  
Die Problematik besteht darin, dass gerade in jenen Regionen, in denen das größte Bevölkerungswachstum herrscht, auch der größte Nachholbedarf im Hinblick auf die Versorgung mit Süßwasser besteht. Es wird damit gerechnet, dass sich der Welt-Energieverbrauch bis zum Jahr 2050 verdoppeln wird. Man kann davon ausgehen, dass der Wasserbedarf etwa im selben Maße steigen wird.
- Wasser ist eine nicht substituierbare Ressource. Wasser ist durch nichts zu ersetzen.
- Zusätzlich zur Wassermenge spielt die Qualität des Wassers eine entscheidende Rolle. Die Verfügbarkeit von Wasser ist daher eine komplexe Größe, die sich aus dem Mengen- und Qualitätsangebot ergibt.

Durch *lokale Wasserkrisen* können zahlreiche andere Probleme verursacht werden.

- Wasserkrisen können die lokale Bevölkerung zur Abwanderung zwingen und so einen erheblichen innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Migrationdruck erzeugen.
- Insgesamt führen Wasserkrisen zur Übernutzung auch grenzüberschreitender Gewässer und so zu einer Zunahme regionaler Konflikte, die bis zu „Wasserkriegen“ eskalieren.
- Lokale Wasserkrisen können zu einer Desertifikation führen und so den Treibhauseffekt und die Reduktion der Biodiversität verstärken.

All dies zeigt, dass auch lokale Wasserkrisen eine immense globale Bedeutung haben, die das Wasserproblem zu einem Problem der gesamten Staatengemeinschaft macht.

**Die 87. Vollversammlung der Vereinten Nationen vom Dezember 2000 hat das Jahr 2003 zum Internationalen Jahr des Wassers erklärt ([Resolution 55/196](#)).** Die Staatengemeinschaft wird aufgefordert, Aktionen, Programme und Projekte zu starten, die eine breite Bevölkerung zu einem sorgsamem Umgang mit der für das Leben von Mensch und Natur unersetzlichen Ressource Wasser anhalten.

## WASSER - „MENSCHENRECHT“ oder „BEDÜRFNIS“ ?

*Man kann sich auf verschiedene Weise eines menschlichen Bedürfnisses annehmen.  
Niemand kann ein Menschenrecht verkaufen!*

**Ist Wasser ein „Recht“ oder ein „Bedürfnis“?** Das ist die Schlüsselfrage der Diskussionen, die seit zwei Jahrzehnten geführt werden. Die Industrielobby unterstützt die These, dass Wasser ein Bedürfnis ist. Die, die ein soziales Modell für unsere Gesellschaften wollen, verteidigen den Zugang zu Wasser als ein Menschenrecht.

- **Wasser ist ein Recht:**

- **Das internationale Jahrzehnt des Trinkwassers und der Abwassersanierung (1981-1990) durch die Vereinten Nationen eingeführt**

Die Wasserkonferenz der Vereinten Nationen, die im März 1977 in Mar del Plata stattfand, hat die achtziger Jahre als internationales Jahrzehnt des Trinkwassers und der Abwassersanierung eingeführt. Dieses Jahrzehnt hatte zum Ziel, für alle bis zum Jahr 1990 den Zugang zu Wasser und zur Abwassersanierung zu ermöglichen. Bei dem Treffen in New Delhi zur Evaluierung des Jahrzehnts wurden Fortschritte festgestellt, selbst wenn Milliarden von Menschen weder Zugang zu Trinkwasser noch zu Sanierungsdiensten hatten. Eine übermäßige Orientierung auf Angebote und der Akzent auf die Aktionen der Regierungen waren die Hauptschwachpunkte des Zehnjahres Programms. Internationale Organisationen haben sofort die Notwendigkeit von Konzepten unterstrichen, die Antwort auf die Forderung geben sollten, den Verbraucher für die Wasserdienste zahlen zu lassen und zu einem System überzugehen, in dem der Privatsektor und die Zivilgesellschaft mehr eingebunden sind. Hier dazu als Beispiel das Kapitel 28 der Agenda 21 vom Weltgipfel in Rio im Jahre 1990. Darin ist die Notwendigkeit spezifiziert, Wasser muss als ein *wirtschaftliches Gut* und die Entwicklung der Wasserversorgung als ein *wirtschaftliches Eingreifen* angesehen werden. Seitdem wird der Schwerpunkt besonders auf die Anstrengungen gelegt, die darauf abzielen, einen lebensfähigen und dauerhaften Finanzierungsmechanismus für die Wasserversorgung und Abwassersanierung zu garantieren.

- **Wasser ist ein Bedürfnis: Der Weltwasserrat und sein Weltwasser Forum**

Im Jahre 1994 hat die Weltbank die Schaffung eines *Weltwasserrates* unterstützt, um die internationale Wasserkrise anzugehen. Dieser Rat wurde von den Regierungen Kanadas, Frankreichs, Japans und der Niederlande sowie den Institutionen der Vereinten Nationen unterstützt, das sind FAO, UNESCO und PNUD; freigebig wurde diese Initiative von multinationalen Wasser Konzernen gefördert.

1997 hat der Weltwasserrat sein erstes dreijährliches Weltwasser Forum in Marrakesch organisiert. Dessen Aufgabe bestand darin, eine weltweite Zukunftsvision von Wasser auf lange Sicht hin zu entwickeln, die als Rahmen für eine internationale Wasserpolitik dienen sollte, eine Politik, die von der Weltbank stark verteidigt wird seit dem Ende des internationalen Wasserjahrzehnts. Um dem Weltwasser Forum politisches Gewicht zu legitimieren und zu verleihen, wird jedes Treffen gekrönt durch eine Ministerkonferenz. Während des zweiten Weltforums, das im März 2000 in Den Haag stattgefunden hat, haben die versammelten Minister den Grundsatz gebilligt, nach dem *Wasser ein Bedürfnis und nicht ein universelles Recht* ist.

- **Wasser ist ein Gut: Welthandelsorganisation und Europäische Union**

Bestärkt durch die Entscheidung des Weltforums vom März 2000 hat die Europäische Kommission am 23. Oktober 2000 ihre Richtlinie 2000/6/CE veröffentlicht, die ausdrückt:

selbst wenn Wasser ein wesentliches Nahrungsmittel ist, muss es als eine Handelsware angesehen werden. Um diese Aussage zu stützen, schiebt sie als Argument vor, dass die Vermarktung des Wassers nach den Regeln des Wettbewerbs der freien Wirtschaft ein gerechtes Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage dieses knappen und teuren Gutes garantieren würde, welches das Wasser geworden ist. Wasser muss ebenfalls während der Verhandlungen der OMC (Organisation

Mondiale du Commerce) in Genf in das Abkommen über die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen (*General Agreement on Trade in Services = GATS*) integriert werden. Die Staaten, welche die Vereinbarung des GATS unterzeichnen, das die Wasserversorgung liberalisiert, werden verpflichtet, Ausschreibungen seitens der internationalen Wasserunternehmen zu erlauben und die Tür für die kommerzielle Ausfuhr von Wasser zu öffnen.

- **Wasser ist ein soziales und ein kulturelles Gut, Zugang dazu zu haben ein Menschenrecht: UNO Ausschuss über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte**

Beim Näherrücken des Internationalen Jahres des Süßwassers (2003), haben im November 2002 in Genf die 145 nationalen Delegationen, die im UNO Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vertreten sind festgelegt „*Wasser ist ein gemeinsames Gut, wesentlich für Leben und Gesundheit. Das Recht auf Wasser gibt jedem das Recht auf ein gesundes Wasser in ausreichender Menge und zum einem erschwinglichen Preis für die persönliche und häusliche Nutzung.*

Damit sind die Rechte auf Wasser einklagbar geworden. (Hier Link setzen, um auf das Dokument zu kommen)

Das Enddokument gibt allerdings keine Stellungnahme ab, was die Privatisierung der Dienstleistungen für Wasser betrifft.

- **Wasser ist ein Geschäft: Weltweite Wasserpartnerschaft**

Während die Diskussion fortgesetzt wird, ist Wasser nun ein Bedürfnis oder ein Recht, haben Gruppen, die eine Privatisierung befürworten, eine ganze Reihe von strategischen Vorschlägen vorbereitet für die Verwaltung und Verteilung der Wasserressourcen.

Die weltweite Wasserpartnerschaft ist im Jahre 1996 entstanden. Ihre Zielsetzung besteht darin, eine „*weltweite Vision des Wassers*“ zu vereinfachen und einen schlüssigen „*Aktionsrahmen*“ vorzulegen, der seltsamerweise den Plänen und Ideen der *Weltbank* über eine integrale Verwaltung der Wasservorräte ähnelt.

Im März 2002 hat die weltweite Wasserpartnerschaft ihr Handbuch für die Verwaltung der Wasservorräte auf lokaler und weltweiter Ebene vorgestellt mit dem Titel „*le cadre d'action*“ ou la „*tool box*“. Dieses Dokument dringt auf eine Liberalisierung des Wassersektors, die Transparenz in der Vergabe von Wasserverträgen durch Regierungen, Handelsvereinfachungen für den Privatsektor und Privatisierung oder wenigstens Öffentlich-Private Partnerschaften im Wassersektor. Andere Empfehlungen beziehen sich auf die Abschaffung jeder Subvention, die die Preise und den Handel verfälschen, eine Regulierungsbehörde für Streitfälle und Probleme im Wassersektor, die Förderung landwirtschaftlicher Biotechnologien, die „weniger Wasser verschlucken“, den Schutz der Eigentumsrechte auf Wasservorräte und Maßnahmen mit dem Ziel, ein stabiles und vorhersehbares Investitionsklima zu schaffen.

*Der Weltgipfel für eine dauerhafte Entwicklung* vom September 2002 (für den *VIVENDI* einer der großzügigen Sponsoren war!) wurde als „Triumph der Privatisierung“ qualifiziert. Während dieses Gipfels hat die Kommission für dauerhafte Entwicklung einen „Bericht über die weltweite Entwicklung des Wassers“ vorgestellt, welcher vorschlägt, durch eine größere private Verwaltung der Wasservorräte bis 2015 die Anzahl der Personen zu halbieren, die keinen Zugang zu Wasser und zur Sanierung der Abwässer haben.

Der Aktionsrahmen der *weltweiten Wasserpartnerschaft* wie der *Bericht zur weltweiten Wasser-Entwicklung* werden zur offiziellen Zustimmung während des *dritten Weltwasser Forums* vorgelegt, das im März 2003 in Kyoto stattfinden wird.

## .Was ist GATS?

Das allgemeine Abkommen über Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services = GATS) ist eines von mehr als 20 Handelsvereinbarungen, die von der Welthandelsorganisation (WTO) verwaltet und in Kraft gesetzt werden.

Das GATS wurde 1994 beschlossen auf der „Uruguay-Runde“ die zu der Schaffung der Welthandelsorganisation geführt hat.

Am 1. Januar 1995 fielen die WTO Gründung und das in Kraft treten des GATS zusammen.

Die Einwilligung zu **GATS** hat die Europäische Union stellvertretend für ihre Mitgliedsländer gegeben.

Das Abkommen stützt sich auf dieselben Grundprinzipien, die für den Handel mit Waren festgelegt wurden (GATT):

1. **Marktzugang** : Handelshemmnisse sollen beseitigt und der einheimische Markt soll ausländischen Anbietern geöffnet werden.
2. Die **Inländerbehandlung** fordert, dass Regierungen ausländische Dienstleistungserbringer in gleicher Weise behandeln müssen wie einheimische; d.h., dass sie die inländischen Dienstleistungsträger nicht bevorzugen dürfen. Damit verkleinert sich der Spielraum von Regierungen, Regierungsaufträge an bestimmte Bedingungen wie z.B. die Bevorzugung lokaler Firmen, die Einhaltung von Menschenrechten oder Umweltschutzgarantien zu knüpfen.
3. Die **Meistbegünstigung** besagt, dass ein Land den Dienstleistungserbringer eines anderen Landes nicht schlechter als alle anderen behandeln darf.

Zusammengefasst heißt dies: fast alle nationalen Dienstleistungsbereiche dem globalen Wettbewerb auszuliefern. GATS wird es der WTO erlauben, staatliche Handlungen bezüglich öffentlicher Dienstleistungen durch eine ganze Reihe gesetzlicher Zwänge einzuschränken.

Sind die WTO Mitgliedsstaaten einmal Liberalisierungsverpflichtungen eingegangen, dürfen sie diese nicht mehr einschränken. In der Praxis heißt das, einmal durchgeführte Privatisierungen von Dienstleistungen können nach den Vorschriften des GATS praktisch nicht mehr rückgängig gemacht werden. Der GATS Vertrag ist völkerrechtlich bindend, d.h. nationales Recht muss diesem untergeordnet werden. Jede Regierung, die den Regeln der WTO zuwider handelt, wird Sanktionen erfahren.

Oft werden „ärmere“ Länder mit ihrer Abhängigkeit von Entwicklungshilfe, Krediten oder Schuldenerlass „erpresst“, dem GATS Abkommen zuzustimmen.

Auf der Minister Konferenz der WTO im November 2001 in Doha wurde grünes Licht gegeben für ein Weitergehen bei den GATS Verhandlungen, die eine progressive Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen verfolgen. Dabei wird nach der sog. „Forderung – Angebot- Methode“ verfahren.

- Die 1. Phase dieser Verhandlungen ging bis zum 30. Juni 2002, bei der jedes WTO Mitgliedsland seine spezifischen Liberalisierungs-Forderungen an die anderen Mitgliedsstaaten in bilateralen Gesprächen unterbreitete.
- Die 2. Phase bis 31. März 2003 hat zum Ziel, den WTO Mitgliedern zu erlauben, auf diese Anfragen zu antworten und eigene Liberalisierungsangebote für Sektoren auf ihrem Territorium vorzulegen.
- Die letzte Phase der Verhandlungen, die bis zum 31. Dezember 2003 dauert, wird zuerst die der bilateralen Verhandlungen sein, dann die der multilateralen. Jedes Zugeständnis an ein Mitgliedsland wird allen WTO Mitgliedern gewährt nach dem Prinzip der „*meist favorisierten Nation*“. Die Logik des GATS besteht darin, alle Partner zu Zugeständnissen zu bewegen und nach und nach noch mehr Dienstleistungs- Sektoren zu öffnen.

Das erklärte Ziel von GATS ist die „**Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen**“, das bedeutet, den Abbau staatlicher Barrieren für die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, wodurch nationale Dienstleistungsbereiche nahezu uneingeschränkt dem globalen Wettbewerb geöffnet werden, wobei der Staat die meisten Mittel zur Regulierung des Marktes verliert. .

Der Vertrag ist für alle Entscheidungs- und Regierungsebenen bindend.

Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Frau Heidemarie Wieczorek-Zeul, wies am 17. Februar 2003 in einer Rede auf den für Entwicklungsländer, insbesondere LDCs, wichtigen Artikel IV im GATS hin. Darin verpflichtet das GATS die Industrieländer ausdrücklich zur Liberalisierung des Marktzugangs in Dienstleistungssektoren und von Erbringungsarten, die für die Entwicklungsländer von Exportinteresse sind.

Weiter sagte die Ministerin: „Das GATS billigt den Entwicklungsländern bei dem Umfang der Liberalisierung im Dienstleistungsbereich Flexibilität zu. Von ihnen wird nicht erwartet, im gleichen Umfang wie die Industrieländer ihre Märkte zu öffnen. Sie können den Marktzugang schrittweise im Einklang mit ihrem Entwicklungsstand ausweiten und dabei Bedingungen für Liberalisierungsschritte formulieren, die der Entwicklung ihres Dienstleistungssektors förderlich sind. **Die Flexibilität, die das GATS den Entwicklungsländern einräumt, müssen sie auch praktisch nutzen können**“

Oft werden arme Länder besonders durch den IWF und die Weltbank mit ihrer Abhängigkeit von Entwicklungshilfe, Krediten oder Schuldenerlass „erpresst“, ihre Märkte zu liberalisieren.

„Bei der weiteren Ausgestaltung der Regeln des internationalen Systems in der WTO (und anderswo) stehen wir vor einer großen **Herausforderung**: nämlich die Regeln in einer Weise auszugestalten, dass global gerechtere Wirtschaftsbeziehungen entstehen

**Liberalisierung ist kein Selbstzweck!** Die Liberalisierung des Dienstleistungshandels muss zu wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung führen und einen Beitrag zur Armutsreduzierung in den Entwicklungsländern leisten. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist, dass der Marktöffnungsprozess in eine umfassende Entwicklungsstrategie eingebettet ist.

Wichtig ist, dass wir generell den Marktzugang für landwirtschaftliche und weiterverarbeitende Produkte verbessern.

Im Agrarbereich ist eine Abschaffung der entwicklungsfeindlichen Exportsubventionen durch Industrieländer zentral.

Bei Fertigwaren gilt es, die Zolleskalation abzubauen –auch für Textilien - damit die Weiterverarbeitung von Rohstoffen im eigenen Land nicht zusätzlich erschwert wird.

Aber auch für die Diskussion um das TRIPS müssen erst noch befriedigende Lösungen gefunden werden – insbesondere muss endlich das Problem des Zugangs zu Medikamenten gelöst werden“

*Heidemarie Wieczorek-Zeul Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Berlin 17.2.2003*

## GATS und die Wasserversorgung

**Wasser und GATS** was haben diese beiden miteinander zu tun?

GATS ist wohl eines der wichtigsten internationalen Abkommen, das wie kaum ein anderes unseren Alltag und den vieler Völker verändern wird. Sein Ziel, **die vollständige Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen, schließt alle Dienstleistungen ein**, von Versicherungen und Energieversorgung über Verkehr, Tourismus und **Wasserversorgung** bis hin zum Bildungs- und Gesundheitswesen.

*Hierzu einige Überlegungen von Thomas Fritz, Mitarbeiter von WEED.*

„Bisher fehlte Wasserversorgung in der GATS-Klassifikation. Die EU-Kommission hat daher bei der WTO den Vorschlag eingebracht, den Sektor Umweltdienstleistungen weiter aufzufächern und einen Subsektor „Wasser für menschlichen Gebrauch und Abwassermanagement“ einzufügen. Dieser würde neben der Klärung von Abwässern auch Sammlung, Reinigung und Vertrieb von Trinkwasser beinhalten. Je mehr Länder sich in der laufenden GATS-Runde dem Druck der Europäischen Union beugen und Liberalisierungsverpflichtungen im Wassersektor übernehmen, umso größer wird das Risiko, staatliche Regulierungsmöglichkeiten in diesem Bereich aus der Hand zu geben. Einerseits geht damit die souveräne Entscheidung über Umweltstandards, Preisvorgaben oder andere Investitionsauflagen verloren, andererseits geraten aber auch lokal angepasste, technologisch weniger aufwändige, kostengünstige Alternativen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung aus dem Blick. Zudem sinkt der öffentliche Einfluss auf die Bereitstellung dieser grundlegenden Dienste.“

## Liberalisierung – Privatisierung

Bei der Auseinandersetzung in der Diskussion um Privatisierung und Liberalisierung des Wassemarktes werden häufig die beiden Begriffe, um die es geht in ihrer Bedeutung nicht richtig erkannt oder nicht genau auseinandergelassen.

### Die notwendige Begriffsdefinition lautet:

- **Privatisierung** bedeutet den Rückzug des Staates aus seinen hoheitlichen Aufgaben; dies betrifft insbesondere auch die Verantwortung für die Daseinsfürsorge für die Bevölkerung.
- **Liberalisierung** bedeutet – darüber hinausgehend – die Schaffung von Rahmenbedingungen für den uneingeschränkten Wettbewerb.

## Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und die Wasserprivatisierung

Die Weltbank und der IWF beteuern auf ihren Web-Seiten und in allen öffentlichen Stellungnahmen, dass ihre prioritäre Sorge die Armutsbekämpfung ist. Doch die Maßnahmen, die sie ergreifen, tragen oft noch dazu bei, dass die Armen völlig ins Elend geraten. Die Verantwortlichen dieser Institutionen glauben daran, dass der Neoliberalismus wohl tut und die Lösung für das Problem Armut auf dieser Welt ist.

Die Webseite der Weltbank bezüglich der Wasserversorgung behandelt nicht mehr die Frage der Armut. Die Hauptsache ist jetzt, Wasser zu sparen und Wasserverschleiß zu vermeiden. Über den höheren Preis sollen die Konsumenten erzogen werden, Wasser zu sparen.

Tatsächlich ist Wasser in zahlreichen Ländern rar und übernutzt. Dort muss Wassersparen künftig eine Priorität sein. Doch diese Argument ist nicht wirklich glaubwürdig, da die Privatisierung und Preiserhöhung in allen Ländern vorangetrieben wird, auch dort, wo Wasserressourcen unbegrenzt sind.

Das Prinzip, wonach der Wasserpreis alle Kosten decken muss, erscheint viel wichtiger als der Zugang zur Wasserversorgung für die Armen.

Das Beispiel der Wasserversorgung zeigt, dass Kritiken an dieser Politik gut fundiert sind, denn:

- Die Weltbank lässt sich mehr von Ideologien und weniger von der Wirklichkeit leiten
- Sie ist von den Interessen des Westens bestimmt
- Ihre Politik zeigt oft katastrophale Folgen.

### Wasser stellt die wichtigste Lebensgrundlage dar.

Die Privatisierung der Wasserversorgung führt dazu, dass sich die westlichen multinationalen Unternehmen die Lebensgrundlage der ärmsten Länder aneignen und die Länder des Südens damit gezwungen werden, ihnen ihr eigenes Wasser für teures Geld abzukaufen. Bei der Privatisierung kann der Versorger daher die Preise erhöhen, ohne die Leistungen dauerhaft zu verbessern. Und falls die entsprechende rechtliche Verpflichtung fehlt, was die Regel ist, wenn die Weltbank 3. Welt-Länder zur Privatisierung zwingt, ist nicht einmal die flächendeckende Versorgung gesichert: Teile der Wasserversorgung, die unrentabel sind, werden einfach abgeschaltet. Private Anbieter haben keinerlei Anreiz, die Versorgung in Armenvierteln auszubauen. Ihre Investitionen fließen dahin, wo die größte Wirtschaftlichkeit und die größte Kaufkraft sind. Die private Versorgung bietet daher keine umfassende Lösung für die Gesamtproblematik.

Trotz der klaren Erfahrungslage aus westlichen Ländern, z.B. USA, Frankreich und England, wo sich das Preis-Leistungsverhältnis nicht verbessert, sondern im Gegenteil verschlechtert hat und die Wasserversorgung teilweise wieder verstaatlicht wurde, zwingt die Weltbank zahlreiche Länder der Dritten Welt, ihre Wasserversorgung zu privatisieren als Vorbedingung für Kredite, für Strukturanpassungs- und Entschuldungsprogramme. Die Länder, die ihre Schuldzinsen nur mit Mühe bezahlen können oder neue Anleihen von der Weltbank aufnehmen wollen, müssen sich den Bedingungen der Weltbank beugen, diese

Privatisierungen vornehmen, um die Schulden abzubauen und neue Investoren ins Land bringen, die der Wirtschaft zu neuem Schwung und Effizienzerhöhung verhelfen sollen.

Wir müssen über diese Entwicklung, dass Menschen dadurch vom Wasser abgeschnitten werden oder ins Elend geraten, besorgt sein, das zeigen uns die folgenden Beispiele:

### **Ereignisse in Bolivien im Jahre 2000.**

Unter dem Druck der Weltbank hatte die Bolivianische Regierung ihr öffentliches Stadtwassersystem an ein US-Wasserunternehmen verkauft. Dies war Teil des Weltbank-Programms, die Bolivianische Wirtschaft zu "modernisieren" – in anderen Worten, sie den westlich gegründeten Unternehmen gegenüber zu öffnen.. Schon Wochen nachdem die Unternehmensflagge gehisst wurde, auf dem was bislang ein öffentlicher Versorgungsbetrieb war, stiegen die Wasserpreise massiv an. Viele der ländlichen Familien von Cochabamba mussten bis zu einem Drittel ihres Einkommens für ihr Wasser bezahlen – mehr als sie für Nahrungsmittel ausgeben. Die Belastungen waren lähmend, und es gab keine Alternative.

Beschwerden hatten keine Wirkung bei dem Wasserunternehmen, Im April nahmen zuerst Hunderte, dann Tausende an den Demonstrationen gegen die Privatisierung teil. Vier Tage Streik brachten die Stadt zum Stillstand. Die Regierung gab nach und versprach, den Wasserpreis zu senken. Dann änderte sie ihre Meinung. Der Protest begann wieder und wurde dieses Mal größer. Cochabamba landete im Chaos. Noch immer weigerten sich die Regierung und das Unternehmen, nachzugeben. Der Profit eines fremden Unternehmens hatte Vorrang vor den täglichen Bedürfnissen der Bolivianischen Bevölkerung. Aber diese Menschen gaben nicht auf. Schließlich, nachdem das Militär einem 17 jährigen protestierenden Jungen ins Gesicht geschossen hatte, realisierte sogar die Regierung, dass das Spiel vorüber war. Zwei Tage später unterzeichneten sie ein Übereinkommen, das die Stadtwasserversorgung wieder der öffentlichen Kontrolle übergab. Dies war ein Sieg, der nicht andauern wird, denn da ist das GATS Abkommen.

### **Argentinien – Buenos Aires**

Der Wasserpreis ist um 20% gestiegen ohne Verbesserung des Angebots. Trotz vertraglicher Verpflichtungen wurden keine Wasserreinigungsanlagen gebaut. Der Staat trägt im Endeffekt die Kosten, die sich aus den Schäden ergeben.

### **Ghana / Westafrika**

Die Investoren interessieren sich nur für die rentablen Städte. In den ländlichen Gebieten konnte nicht privatisiert werden. Der Staat hat somit keine Möglichkeit mehr, die Versorgung auf dem Land mit den Einnahmen in der Stadt zu subventionieren. Was hier bleibt sind Gewinne für die Großunternehmen und Defizite für den Staat.

## Öffentlich-Private Partnerschaft

Public-Private-Partnership ( PPP )

Die Erfahrung zeigt, dass in den Entwicklungsländern die öffentliche Wasserversorgung und die Abwasseraufbereitung oft sehr unwirksam sind, es fehlt an Personal und an Mitteln, um die Netze auszubauen und die gesamte Bevölkerung zu versorgen. **Eine Alternative zu den öffentlichen Diensten sind Versorgung durch Privatunternehmen**, die wirksam sein kann, weil sie basiert auf Angebot und Nachfrage und ausgerichtet ist auf Kunden, die für die Dienste zahlen. Bei beiden Modellen ist der Arme der Verlierer, daher das Interesse an einem „Kompromissmodell“: die **Öffentlich-Private Partnerschaft**

### Öffentlich-Private Partnerschaft - mit welchem Ziel?

„Zwei Motive gibt es für "Öffentlich-Private Partnerschaft", die neue Hoffnung der Entwicklungspolitik: Das eine ist die Knappheit der öffentlichen Mittel und die Hoffnung, diese durch einen verstärkten Strom privaten Kapitals ausgleichen zu können. Das andere ist die Doktrin der radikalen Marktwirtschaft: Der Staat soll nicht das tun, was Sache der Privatwirtschaft ist. Die Wirtschaft finde in der Wirtschaft statt, nicht in einem Ministerium, hat ein früheres Kabinettsmitglied gesagt. Ist also zu erwarten, dass die privatwirtschaftlichen Unternehmen der Industrieländer es als ihre Aufgabe erkennen werden, die Wirtschaft der Entwicklungsländer aufzubauen?“

Hans W. Meier-Ewert, der Geschäftsführer des Afrika-Vereins, hat die möglichen Motive von Unternehmen der Privatwirtschaft bei einem Engagement in Entwicklungsländern genannt: Im Vordergrund steht immer die Gewinnerzielungsabsicht, es gilt das Prinzip des geringsten Risikos, und es darf von den Unternehmen kein Altruismus erwartet werden. Die Entwicklungspolitik soll dazu beitragen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die diese Erwartungen möglichst weitgehend erfüllen: Rechts- und Vertragssicherheit, Deregulierung und Privatisierung, eine stabile und vorhersehbare Wirtschaftspolitik, "Investitionen in den Menschen" - zu Deutsch: gut ausgebildete Arbeitskräfte.

Dagegen, dass Wirtschaftsunternehmen Investitionen tätigen, um Gewinne zu machen, und nicht von altruistischen Absichten beseelt sind, kann und wird niemand etwas einwenden. Aber natürlich hängt mit der Gewinnerwartung zusammen, wo sie investieren: in solchen Ländern, in denen es eine kaufkräftige Nachfrage gibt. Nur dort kann man Gewinne erzielen. Das hat zur Folge, dass der größte Teil der Investitionen in etwa 12 bis 15 Länder geht, die Schwellenländer, die "emerging economies" in Ost- und Südostasien, in Lateinamerika und in Mittel- und Osteuropa. Von den 52 afrikanischen Staaten ist einer auf der Liste: Südafrika. Die Weltbank, die in ihren statistischen Veröffentlichungen immer wieder behauptet, es fließe ein stark ansteigender Kapitalstrom in "Entwicklungsländer", macht sich einer fahrlässigen Täuschung schuldig. In die Länder der ersten Gruppe, also die neuen Industrieländer, geht der Löwenanteil der privaten Kapitalflüsse; die eigentlichen Entwicklungsländer bekommen nicht mehr als früher. Von privatem Kapital wird also eine Lösung für die Probleme der armen Länder nicht zu erwarten sein.

In Entwicklungsländern wird man also auch weiterhin, wie in der Entwicklungszusammenarbeit schon seit längerem üblich, nur von "*cost-sharing*" sprechen können, nicht von Kostendeckung oder gar Gewinnerzielung. Soweit man sich dieser Einschränkung jedoch bewusst ist, kann die Partnerschaft mit privatwirtschaftlichen Unternehmen sicher in vielen Fällen zu Effizienzsteigerung führen.“

Auszüge aus einem Artikel von Reinold E. Thiel **E+Z - Entwicklung und Zusammenarbeit (Nr. 2, Februar 2000, S. 31)**

## Gewinnen die Armen etwas bei den PPP?

Es ist ausgewiesen, über den Zeitraum 1990-1999, die PPP in den Ländern mit schwachem oder mittlerem Einkommen haben den Zugang zur Wasserversorgung für die Armen nicht verbessert. Die Ausdehnung der Versorgungsnetze auf arme Volksgruppen wurde durch Rentabilitätsabwägungen behindert und durch den Druck politischer Kriterien oder durch Bodenspekulationen.

Andere Schwierigkeiten waren ebenfalls festzustellen bei der Finanzierung der Nebenanschlüsse, d.h. für Verlegung der Leitungen zu den einzelnen Abnehmern oder der Anbringung von Wasserzählern.

Außerdem, es gibt oft keine Garantie, dass die Haushalte den Wasserpreis zahlen können in Anbetracht der Unsicherheit von Beschäftigungsverhältnissen und der unregelmäßigen Einkommen der armen Bevölkerungen. (Quelle AEFN)

## Beispiele einiger PPP in Afrika

**Mosambik:** SAUR International hat eine Partnerschaft mit „Aguas de Mosambique“ geschlossen für die Erhebung und Verwaltung der Beiträge für die Wasserversorgung in 5 Städten: Maputo, Beira, Quelimane, Nampula und Pemba. Im Vertrag sind keine Unterscheidungen gemacht zwischen den zahlungskräftigen Einwohner und denen, die nicht diese Gebühren bezahlen können.

**Südafrika:** auf Grund der Vorschläge der Weltbank sind in der Landgemeinde Madebe, Kwa-Zulu Natal vorgefertigte Wasserzähler angebracht worden, um die volle Rückzahlung der Kosten sicherzustellen. Um hier seinen Grundbedarf zu bezahlen, ist ein Einkommen von 120 US\$ notwendig; ein Rentner erhält aber monatlich nur 70 US\$.

**Ghana:** die *Nationale Koalition gegen Wasser-Privatisierung* hat eine große Anzahl unterschiedlicher Gruppierungen zusammen gebracht, die sich der Privatisierung der Wasserversorgung widersetzen, wie sie durch die Regierung und die Weltbank vorgeschlagen wurde. Diese Koalition hat Unterstützung durch die Gewerkschaftsräte erhalten und untersucht alternative Modelle der Wasserverwaltung.

**Tansania:** die Regierung hat einen Kredit über 145 Millionen Dollar erhalten, die notwendig sind zur Modernisierung der Wasserverwaltung und der Abwasseraufbereitung in Dar-es-Salaam, die angesichts der anstehenden Privatisierung des Betriebs gefordert wurde. Die Afrikanische Entwicklungsbank, die Europäische Investitionsbank und die Französische Entwicklungsagentur haben diese notwendigen Darlehen gewährt. Nach Abschluss der Modernisierung wird das Unternehmen für eine Laufzeit von 10 Jahren vermietet oder in Konzession gegeben. Der erfolgreiche Bieter wird nur 6,5 Millionen Dollar für die Kosten der Zähler und Zapfsäulen geben müssen.

**Elfenbeinküste, Madagaskar, Niger, Senegal, Marokko und Tunesien** haben schon völlig die Systeme ihrer Wasserversorgung privatisiert. Allerdings gibt es keine konkreten Angaben dafür, dass sich die Versorgung mit Wasser und der Zugang zu Wasser wesentlich verbessert hätten seit der Privatisierungsprogramme. (Quelle AEFJN)

## Ergebnisse einer Studie zur weltweiten Wasserprivatisierung

Helvetas, eine Schweizer Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, hat in den Ländern Haiti, Kamerun, Kirgistan, Lesotho, Mozambique, Nepal, Philippinen und Sri Lanka bei Wasserfachleuten eine Umfrage über den Stand der Liberalisierung/ Privatisierung im Wassersektor durchgeführt.

**Elf Trends** ziehen sich als roter Faden durch die Antworten:

1. Eine Reform im Wassersektor ist in allen befragten Ländern notwendig. Das schlechte Funktionieren der meist zentralistisch organisierten Wasserversorgungen führt oft zur Haltung 'Es kann nur besser werden'.
2. Liberalisierung/Privatisierung der Wasserversorgungen ist in allen Ländern ein Thema, jedoch in unterschiedlich fortgeschrittenem Stadium: An einigen Orten sind solche Schritte angekündigt, an andern in Vorbereitung oder bereits umgesetzt.
3. Die Beteiligung des Privatsektors – ausnahmslos zusammen mit transnationalen Wasserversorgern wie Vivendi, Suez, Bechtel, SAUR usw. – reicht vom Managementvertrag (Mozambique) über Konzessionen (Mozambique, Philippinen) bis zur materiellen Privatisierung inklusive dem Verkauf der gesamten Infrastruktur (Kamerun). Das heißt auch, dass der lokale Privatsektor leer ausgeht.
4. Die Privatisierungen im Wassersektor sind mehr als nur ein Trend: Sie sind eine mit Druck durchgesetzte Entwicklung. Treibende Kräfte sind die Weltbank, die internationalen Banken (ADB, BID) und der Internationale Währungsfonds (IWF), die Privatisierung zur Vorbedingung für Kredite, für Strukturanpassungs- und Entschuldungsprogramme machen. Daneben treten auch die Wasserkonzerne direkt als Promotoren in den Ländern auf. Als einzige Ausnahme ist hier Kirgistan zu erwähnen: Weltbank und IWF unterstützen den Wassersektor ohne Privatisierungsdruck und investieren auch in Wasserversorgungen in ländlichen Gebieten.
5. Alternativen zur Privatisierung werden in der Regel nicht untersucht. Den meisten Studien – alle finanziert von Weltbank und anderen multilateralen Donor-Agencies mangelt es an einer genügenden Analyse der Gründe für schlechte Wasserdienstleistungen.
6. Eine unabhängige und effektive staatliche Kontrollbehörde, die den privaten Versorger überwacht, fehlt durchwegs. Privatisierung ist sogar in Ländern mit extrem schwacher Staatsgewalt wie Haiti oder Nepal ein Thema.
7. Die Zivilgesellschaft ist meist nicht oder nur sehr beschränkt in die Privatisierungs- Debatte involviert. Meist wird ihr der Zugang zu den Dokumenten und Verhandlungen verwehrt.
8. Privatisierung konzentriert sich auf profitable Gebiete, also auf Zonen, wo eine genügend große Menge zahlungskräftiger Kunden beisammen ist. Mit dieser Konzentration der finanziellen Mittel auf Städte – wichtigster Geldgeber bleibt nach wie vor die Weltbank – geht die Vernachlässigung der ländlichen Gebiete einher. Verstärkt wird diese Problematik durch den Umstand, dass städtische Wasserversorgungen sehr viel kostenintensiver sind als ländliche. Die Abführung der Unternehmensgewinne ins Ausland entzieht dem Land zusätzliche Mittel.
9. Nebst punktuellen Verbesserungen in der Versorgung zeigt sich, dass die Wasserpreise als Folge der Privatisierung für alle steigen. Der Zugang zu Trinkwasser wird vor allem für die ärmsten Bevölkerungsschichten schwieriger.
10. Geplante Ausdehnungen in Armutsviertel wurden nicht realisiert, die Verluste im Leitungssystem, z.B. in den Philippinen, blieben unverändert hoch.
11. Kann der private Wasserversorger seine Gewinnziele nicht erreichen, wird das Versprechen, der Öffentlichkeit zu dienen, schnell vergessen.

**Fazit: Der Handlungsbedarf im Wassersektor ist unbestritten.** Die angeblichen Vorteile der Privatisierung konnten aber bisher nicht aufgezeigt werden – im Gegenteil: Bisherige Erfahrungen zeigen, dass trotz punktueller Verbesserungen die Folgen für die armen Bevölkerungsschichten und die ländlichen Gebiete negativ sind.

(Informationen: Fritz Brugger, fritz.brugger@helvetas.ch)

## Global Players

Die Liste der international agierenden Wasserkonzerne ist kurz. Firmen aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland und den USA teilen den Markt unter sich auf. Dazu gehören u.a. Vivendi (Frankreich), Thames Water/RWE (Großbritannien, Deutschland), American Water Works (USA) und E.on/Gelsenwasser (Deutschland).

### Die zehn größten internationalen Wasserversorger

Unternehmen	Umsatz (nur Wassersektor) <b>Mrd. US\$</b>	Kundenzahl Mio.
Générale des Eaux/ Vivendi Frankreich	<b>12</b>	<b>110</b>
Suez (Lyonnaise des Eaux), Bzw. Ondeo Frankreich	<b>8,5</b>	<b>110</b>
Thames Water / RWE Großbrit./Deutschland	<b>4</b> (nur Thames Water)	<b>43</b>
SAUR / Bouygues	<b>2,2</b>	<b>30</b>
Severn Trent Großbritannien	<b>1,3</b>	<b>20</b>
United Utilities/US Water GB / USA	<b>1,2</b> (nur Unites Utilities)	<b>27</b>
American Water Works USA	ohne Angaben	<b>10</b>
Anglian Water / AWG Großbritannien	<b>1,1</b>	<b>9</b>
Azurix / Enron USA	<b>1</b>	<b>4</b>
E.on / Gelsenwasser Deutschland	<b>0,2</b>	<b>4</b>

Quellen: Handelsblatt 09.04.1999, Frankfurter Rundschau

26.09.2000

## Global Players – Made in Germany

Die deutsche Wasserwirtschaft spielte bis vor kurzem auf dem globalen Markt nur als Anlagen- und Technologielieferant eine Rolle. Der Wassermarkt ist fest in der Hand von englischen und französischen Multis, die als Komplettanbieter alles von der Planung eines Projekts über Finanzierung und Bau bis zum Betrieb organisieren. Mehrfach scheiterten Versuche der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) , Deutsche Unternehmen ins Geschäft zu bringen.

Mittlerweile gibt es eine Handvoll großer deutscher Versorgungsunternehmen, die zunehmend auf den lukrativen Markt drängen.

### Berlinwasser International (BWI),

Im Oktober 1999 erward ein Konsortium aus **RWE**, **Vivendi** und **Allianz** 49,9 % der Anteile der **Berliner Wasserbetriebe**. Die Berliner Wasserbetriebe waren bereits seit den frühen neunziger Jahren international aktiv, insbesondere in Osteuropa .Diese Geschäftsbereiche wurden nach der Teilprivatisierung in *Berlinwasser international (BWI)* einer eigenständigen Gesellschaft, ausgegliedert.

### AquaMundo

Ist seit Ende 2000 eine „Deutsche Wasserallianz“ aus drei international operierenden Unternehmen,. Dieses neue Gemeinschaftsunternehmen ist als integrierter Systemanbieter strukturiert, ähnlich wie die französischen Unternehmen.

## RWE

Mit der Übernahme von *Thames Water* im September 2000 stieg der Konzern zur Nummer Drei der internationalen Wasserversorger auf. RWE baut systematisch seine Präsenz im Wassersektor aus.

### E-On/Gelsenwasser

Entstand durch den Zusammenschluss von VIAG und BEBA und ist wie RWE ein *Multy-Ulty*-Konzern (Öl, Chemie, Strom, Logistik, Telekommunikation.). Das Unternehmen ist Mehrheitseigner von Gelsenwasser, dem größten deutschen privaten Wasserversorger und hält einen 25-prozentigen Anteil an den Bremer Stadtwerken.

Über die Motive aller Großunternehmen macht ein *Suez* Direktor keinen Hehl: „Wir sind hier, um Geld zu machen. Früher oder später will jedes Unternehmen seine Investitionen wieder heraus haben, was bedeutet, dass die Verbraucher dafür zahlen müssen.“ (zt. Bei Barlow 2001)

Eine von Vivendi in Auftrag gegebene Studie gibt an, dass bis zum Jahre 2010 durch Privatisierung ein zusätzlicher Markt von 26 Milliarden US-Dollar entstehen wird. Schwerpunkte liegen danach in Asien, **Afrika** und Lateinamerika.

### Organisation der Wasserversorgung in Deutschlands

Für die deutsche Wasserversorgung und Abwasserbehandlung sind einige Merkmale charakteristisch:

- Zum einen herrschen hohe technische und, zumindest im Vergleich mit anderen Ländern, ökologische Standards. Diese bewirken folglich auch vergleichsweise hohe Wasser- und Abwassergebühren.
- Da die Wasserversorgung als eine der Grundaufgaben der „Daseinsvorsorge“ durch die Kommunen verstanden wird, ergibt sich eine dezentrale, kleinteilige Struktur der Wasserwirtschaft.
- Verbunden damit treffen in Deutschland politische Gremien auf kommunaler Ebene die wesentlichen Entscheidungen zur Wasserwirtschaft. Die eigentliche Ver- und Entsorgung liegt in der Hand von kommunalen (oder von Kommunen kontrollierten) Unternehmen, die häufig in Zweckverbänden organisiert sind, um eine interkommunale Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Um den städtischen Service zu erneuern und zu entwickeln, braucht es hohe Kapitalsummen. Daher sehen viele eine Privatisierung als Lösung an. Andere fürchten, dass Liberalisierung und Privatisierung zusammen mit der draus resultierenden Kommerzialisierung der Wasserversorgung vor allem zu einer Abnahme der Wasserqualität führen und den Schutz gegen Wasserverunreinigung vermindern würde.

Bisher hat die **Deutsche Regierung** keinen definitiven Standpunkt für oder gegen Privatisierung eingenommen. Der Wunsch der Kommunen, die Daseinsfürsorge kostengünstiger zu gestalten, führt jedoch zu neuen Trends in der deutschen Wasserversorgung.: Zum einen werden zunehmend bisher städtische Unternehmen in privatrechtliche Organisationsformen (GmbH oder AG) überführt. Auch die Beauftragung von Privatunternehmen durch die Kommune ist dabei eine Option. Zum anderen konzentriert sich die Wasserwirtschaft, indem sich größere Versorgungsunternehmen bilden.

Bis jetzt hat die Koexistenz der privaten und städtischen Versorger einen positiven Effekt gehabt, da sie Leistungsfähigkeit und Transparenz der allgemeinen Dienstleitungen auf städtischem Niveau verbesserte.

## Die Internationale Wasserpolitik der Deutschen Regierung

Deutschland ist für die Entwicklungsländer der nach Japan zweitgrößte bilaterale Geber im Wasserbereich.

**Auch die deutsche EZ hat sich das Privatisierungs-Konzept zu eigen gemacht** und setzt seit Mitte der neunziger Jahre verstärkt auf eine Einbeziehung des privaten Sektors. Als Vorbedingung dafür wird – wie bei der Weltbank – eine Umstrukturierung des Wassersektors gefordert. Dabei geht es – so das BMZ – um eine *Kommerzialisierung* der Betriebsaufgaben, etwa die Einführung kostendeckender Preise, um die Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Sektoren und um eine Beratung der Institutionen in Bezug auf Regelungs- und Überwachungsfunktionen.

**Regulierungsbehörden sollen unter anderem sicherstellen, dass „die Armen durch sozial-angepasste Tarife von den Reformen profitieren und die Ressourcen geschützt werden.“**

Als Vorbild für die Restrukturierung im Wassersektor empfiehlt das BMZ den Entwicklungsländern das „deutsche Modell“, der Wasserver- und Abwasserentsorgung durch Stadtwerke und Zweckverbände: Im Unterschied zu einer vollständigen Privatisierung nach englischem Vorbild und zum „französischen Modell“ mit seinen mächtigen Mischkonzernen verbindet es eine autonome Unternehmensverfassung und die direkte Anbindung an kommunal gewählte Entscheidungsträger, lobt das BMZ. Auf diese Weise sollen die „Vorteile der Privatwirtschaft“ wie ein professionelles Management mit der „kommunalen Verantwortung“ verbunden werden.

**Komplementär zur Privatisierung im Wassersektor der Partnerländer sucht die deutsche Entwicklungszusammenarbeit eine engere Kooperation mit der privaten deutschen Wirtschaft**

Politisch-ideologischer Bezugsrahmen dafür ist das Konzept der „**Öffentlich-Privaten Partnerschaft (PPP)**“, eine „strategische Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung“, die die rot-grüne Regierungskoalition zum „neuen Schwerpunkt“ ihrer entwicklungspolitischen Arbeit erklärte.

Dazu sagte Frau Dr. Uschi Eid, Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ:

- *„Im Entwicklungsministerium haben wir darüber nachgedacht, wie im Sinne unserer Partner in Entwicklungsländern die deutsche Wasserwirtschaft – Betreiber, Lieferanten und Anlagebauer, Consultants und Finanziere – stärker genutzt werden kann. Wir streben eine Entwicklungspartnerschaft an.“*

Und weiter:

- *„Die Bundesregierung ist an einer leistungsfähigen deutschen Wasserwirtschaft interessiert, die auch eine starke Rolle spielt auf dem Weltmarkt, der erheblich an Bedeutung gewinnt.“* (Dialogforum)

Anfangs fehlten der deutschen EZ dafür die Partner. Während sich die Leitungsebene im BMZ in zahlreichen Veranstaltungen wie dem Dialogforum „Wasserwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit“ persönlich intensiv um ein verstärktes Engagement deutsche Wasserversorger im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit bemühte, waren deren Reaktion zunächst eher lau. Mittlerweile gibt es eine Handvoll großer deutscher Versorgungskonzerne, die zunehmend auf den lukrativen Markt drängen. Für ihr Engagement in Entwicklungsländern fordern deutsche Wasserkonzerne Hilfe durch die Politik, wie sie französischen und britischen Firmen gegeben wird

Die Deutsche Regierung teilt die Meinung, dass mittels der **Public-Private Partnership** /Öffentlich-Private-Partnerschaft (**PPP**), die vom **BMZ** (Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit) gestützt wird, das Problem des internationalen Wassermanagements behoben werden kann und dies gleichzeitig zur Verringerung der Armut beiträgt.

Deutsche Unternehmen haben schnell gelernt, auf dem globalen Wassermarkt vom Bau über Betrieb bis zur Finanzierungsberatung alles anbieten zu können. Mit Unterstützung von Institutionen der deutschen Entwicklungshilfe wie der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und dem BMZ sowie der Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) ist die deutsche Wasserwirtschaft u.a. in Peru, Montenegro, Albanien und **Namibia** aktiv.

Aus einer Presseerklärung der KfW vom Juli 2001 geht hervor, dass in Windhoek, der Hauptstadt von Namibia, Berlinwasser International zusammen mit Vivendi »Betrieb und Unterhaltung einer Wasseraufbereitungsanlage« übernommen haben. Weiter heißt es, »die Gesamtkosten der Anlage von 19 Millionen Euro werden zur Hälfte durch Mittel aus der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) des BMZ finanziert, die andere Hälfte durch die Europäische Investitionsbank und die Stadt Windhoek«. Ein ausländischer Betreiber sei notwendig, so KfW, weil die Anlage »technologisch so anspruchsvoll« sei. Außerdem erhoffe man sich einen »Anschlussauftrag für den Betrieb der städtischen Kläranlage«.

Der Privatisierungskritiker Uwe Hoering meint: damit betreibt die Entwicklungszusammenarbeit, deren oberstes Ziel nach eigenen Aussagen die Armutsbekämpfung ist, mit knappen öffentlichen Mitteln Wirtschaftsförderung für Großkonzerne.

Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Gewerkschaften kritisieren die Privatisierung (nicht nur) in der Wasserwirtschaft. Die Kritik wird von Gemeinden geteilt, wenn diese sie auch nicht so vehement vorbringen. Kredite geben die internationalen Institutionen nur, wenn Schritte zur Privatisierung eingeleitet werden. Das grenzt nicht selten an Erpressung. Gemeinden und nationale Regierungen müssen sogar Gesetzesänderungen vornehmen, um private Investitionen zu sichern. Dabei bleibt oft die regionale oder nationale Kontrollhoheit auf der Strecke. Die Geldgeber für Projekte der Wasserversorgung sind neben Weltbank und IWF auch die Europäische Investment Bank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), die sich vor allem in Osteuropa engagiert.

Der Privatisierungskritiker Hoering empfiehlt eine »umfassende Reform des Wassersektors in den Entwicklungsländern, um die Ressourcen nachhaltig zu nutzen und das Recht auf Wasser dauerhaft zu sichern«. Dazu gehörten auch »Transparenz und eine informierte, organisierte Öffentlichkeit, lokale Rechte und Möglichkeiten zu Partizipation«. Die Studie fordert (nicht nur) von der Bundesregierung eine »grundlegend andere Wasserpolitik«, die ihre Strategien und finanzielle Unterstützung an der »Versorgung der städtischen und ländlichen armen Bevölkerungsgruppen mit sauberem Trinkwasser« sowie am Schutz der Umwelt orientieren muss“.

## Wasser in der Religion

### Wasser ist heilig

„Das Wasser ist unsere Mutter, da sie die Erde trägt, auf der wir leben und hierfür schulden wir ihr Dankbarkeit. Seine Wichtigkeit darf nicht vernachlässigt werden, weder im täglichen noch im religiösen Leben“ So beschreibt Damandju Banga Wa Banga, Assistent an einer theologischen Hochschule im Kongo, die Bedeutung des Wassers für die einheimische Kirche der Kimbanguisten. In den meisten Religionen der Welt hat Wasser eine ganz zentrale Bedeutung. Dies zeigt sich besonders in den Schöpfungsmythen der Völker. Im ersten Schöpfungsbericht der Bibel, wie er in Genesis 1 nachzulesen ist, steht das Wasser am Anfang des Leben, denn die ganze Erde war von Wasser bedeckt, und im zweiten Vers des 1. Buches der Bibel heißt es dann: „der Geist Gottes schwebte über dem Wasser“. Häufig wird die lebensspendende Kraft des Wassers gepriesen, aber auch die Erfahrung der zerstörerischen Kraft des Wassers spiegelt sich in religiösen Vorstellungen wider. Wasser bringt Leben, aber auch Zerstörung und Tod.

Wasser im **Alten Testament** ist ein Zeichen des Heiligen. Wasser ist Zeichen der Reinheit und der Zuwendung Gottes zu den Menschen: „Wohlan, alle, die ihr durstig seid, kommt her zum Wasser! Und die ihr kein Geld habt, kommt her, kauft und esst. Kommt her und kauft ohne Geld und umsonst Wein und Milch.“ *Jesaja 55,1*

Im Exil wurde den Israeliten die Zusage der Rückkehr nach Jerusalem mit diesen göttlichen Worten bekräftigt: „Denn ich will Wasser gießen auf das Durstige und Ströme auf die Dürre. Ich will meinen Geist auf deine Kinder gießen und meinen Segen auf deine Nachkommen, dass sie wachsen wie Gras zwischen Wassern wie die Weiden an den Wasserbächen.“ *Jesaja 44, 3-4*

Angesichts der Erfahrungen von Dürre und Durst wird Gott in der Bibel als Retter aus dieser Not dargestellt. Das wird bildhaft in der Geschichte von Hagar und ihrem Kind in der Wüste: „Gott öffnete ihr die Augen, und sie erblickte einen Brunnen. Sie ging hin, füllte den Schlauch mit Wasser und gab davon dem Knaben.“ *Genesis 21, 19*

In vielen Kulturen werden die Götter beschworen, es endlich regnen zu lassen. Die Abhängigkeit der Menschen von der Schöpfung oder dem Schöpfer wird selten so elementar erlebt wie in Zeiten der Dürre und des Durstes. So berichten Jakob und seine Brüder dem Pharao, dass sie und ihre Leute vor der Dürre nach Kanaan geflohen waren. *Genesis 42* Joseph konnte durch die umsichtige Einlagerung von Getreide in den Speichern Pharaos Menschen vor dem Hungertod retten. In keiner Weise berichtet die Bibel davon, dass Joseph und der Pharao die „Marktlage“ nutzten, um das Getreide zu einem besonders hohen Preis zu verkaufen. *Genesis 41*

Im **Neuen Testament** kommt Wasser in vielen Zusammenhängen vor. Immer wieder finden wir die Verbindung von ganz realem Wasser und dem Wasser des Lebens und Heils. „Wer einem dieser Geringen nur einen Becher kalten Wassers zu trinken gibt, weil er ein Jünger ist, wirklich, ich sage es euch: er wird seinen Lohn dafür empfangen.“ *Matthäus 10,42* Auch bei der Heilung spielt Wasser eine ganz reale Rolle, wie der Bericht über die Heilung des Blinden zeigt, der von Jesus zum Teich Siloah geschickt wird, wo er sein Auge waschen sollte und danach wieder sehen konnte. *Joh. 9,1-7* Ganz real war auch das Wasser, mit dem Jesus seinen Jüngern die Füße wusch, und doch zugleich von einer viel tieferen Bedeutung. *Joh. 13,5* Die Botschaft ist klar: Wasser ist heilig, das Wasser auf der Erde ist bereits ein Zeichen des Wassers des Heils, das von Gott kommt.

Die Verheißung, auf die die Menschen hoffen dürfen, ist in der Offenbarung des Johannes mit vielen Bildern vom Wasser verbunden. So heißt es im 7. Kapitel: „Denn das Lamm in der Mitte vor dem Thron wird sie weiden und zu den Quellen führen, aus denen das Wasser des Lebens strömt, und Gott wird alle Tränen von ihren Augen abwischen“ *Offenbarung 7,17* Und an anderer Stelle lesen wir: „Wer durstig ist, den werde ich umsonst aus der Quelle trinken lassen, aus der das Wasser des Lebens strömt.“ *Offenbarung 21,6.*

## Die Kirche zu Wasser

Ganz aktuell ist **die Botschaft, die Papst Johannes Paul II.** zum Welternährungstag am 13. Oktober 2002 an den General Direktor der F.A.O. sandte. Dort schreibt er unter anderem:

„Das diesjährige Thema *„Wasser, Quelle der Nahrungsmittelsicherheit“* ist eine Einladung, über den Wert des Wassers nachzudenken, ohne das Menschen und Gemeinschaften nicht leben können. Als unentbehrlicher Faktor menschlicher Tätigkeiten, ist Wasser Grundlage für die Nahrungsmittelsicherheit. Wir können auch nicht vergessen, dass Wasser ein Symbol ist, das in vielen Gemeinschaftsriten verschiedener Religionen und Kulturen Zugehörigkeit und Reinigung bedeutet.

Im Christentum wird Wasser verwandt als Zeichen eines inneren Prozesses von Umwandlung und Bekehrung. Diesem symbolischen Wert entspringt die Einladung, den Wert dieses kostbaren Gutes und gegenwärtige Verhaltensweisen zu überdenken, um heute und in Zukunft zu garantieren, dass alle Menschen Zugang zu Wasser haben, unentbehrlich für ihre Bedürfnisse, für ihre Produktivitäten ganz besonders in der Landwirtschaft und sie sich über die gute Qualität dieser unschätzbaren Ressource freuen können. Das wachsende Bewusstsein, dass Wasser eine begrenzte Ressource ist, aber absolut wesentlich zur Nahrungsmittelsicherheit, führt heute viele zu einer Verhaltensänderung, einer Änderung, die wegen der Zukunft für kommende Generationen gefördert werden muss.

Für die internationale Gemeinschaft und ihre Behörden ist es notwendig, in diesem Bereich effektiver und sichtbarer einzugreifen. Solch eine Intervention sollte zum Ziel haben: Förderung größerer Kooperation zum Schutz des Wasservorrats vor Verschmutzung und falschem Gebrauch und vor Ausnutzung, die nur auf Profit und Privilegien abzielt. Diese Bemühungen der internationalen Gemeinschaft müssen primär das Wohl der Menschen zum Ziel haben – Männer, Frauen, Kinder, Familien, Gemeinschaften – die in den ärmsten Teilen der Welt leben und folglich am meisten unter der Knappheit oder dem Missbrauch von Wasser Ressourcen leiden.

Die Schlussfolgerungen von neusten internationalen Treffen haben aufgezeigt, wie der Kampf gegen Hunger und Unterernährung – und generell der Kampf gegen Armut und zum Schutz der Ökosysteme – in sehr vielen und verschiedenen Situationen und unter rivalisierenden Interessen durchgeführt werden muss. Der erste Schritt dieser Bemühungen ist, ein haltbares Gleichgewicht zwischen Verbrauch und vorhandenen Ressourcen zurückzugewinnen.

Wir sind uns alle bewusst, dass ohne Beachtung der fundamentalen Grundregeln von Ethik und Moral, Prinzipien, die im Herzen und im Gewissen jedes menschlichen Wesens verwurzelt sind, diese Ziel nicht erreicht werden kann. Tatsächlich, die Schöpfung und herrliche Harmonie sind in Gefahr, nicht wiedergutmachend zerstört zu werden. Die biblische Weisheit erinnert uns, die „Quelle des lebendigen Wassers und Lebens“ nicht zu verlassen, weil „Zisternen mit Rissen das Wasser nicht halten“ (Jeremia 2,13). Wir können schon darin eine Warnung für unsere derzeitige Situation sehen. Mit anderen Worten, wir werden erinnert, dass technische Lösungen, egal wie hochentwickelt, nicht hilfreich sind, wenn sie nicht vorrangig den Menschen in Betracht ziehen. Seine materielle und geistige Bedeutung ist das Maß aller Rechte und muss folglich das leitende Kriterium der Programme und der Politik sein.

Ein ausreichendes Entwicklungsniveau in jeder geographischen Region wird nur dann gesetzmäßig und respektvoll garantiert sein, wenn der Zugang zu Wasser als ein Recht der Einzelperson und der

Völker anerkannt ist. Damit dies geschieht, muss die internationale Politik erneut die Aufmerksamkeit auf den unschätzbaren Wert der Wasser Ressourcen lenken, die oft nicht erneuerbar sind und nicht das Eigentum einiger weniger werden dürfen, denn sie sind gemeinschaftliches Gut der gesamten Menschheit. Es liegt in der Natur der Sache, dass sie der ganzen Menschheit zugute kommen soll, dabei Gerechtigkeit die Führung haben muss gestärkt durch die Nächstenliebe“. *II. Vat. Konzil Gaudium et Spes, 69*

Möge die Feier des diesjährigen Welternährungstags dazu dienen, jeden an die wirklich menschliche Tragweite der Tragödie von Hunger und Unterernährung zu erinnern und der internationalen Gemeinschaft helfen, die moralische Verpflichtung zur Solidarität zu unterstreichen. Dies muss Ziel aller Bemühungen sein, sicherzustellen, dass jedes Volk und jede Nation Zugang hat zur notwendigen Wasserversorgung, um die angemessene Ernährungssicherheit zu garantieren.“